

Hubert Maas · Mergelkamp 21a · 48727 Billerbeck

Bürgermeisteramt

Frau Marion Dirks  
Markt 1

48727 Billerbeck



Billerbeck, 12.03.2013

**Bürgerantrag gemäß Gemeindeordnung § 24 NW  
zur Stellungnahme zum Thema Fracking im Münsterland.**

Sehr geehrte Frau Dirks,

bitte nehmen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratsitzung auf.

**Antrag:**

Der Rat der Stadt Billerbeck beauftragt die Bürgermeisterin eine Resolution zum Thema Fracking im Münsterland zu erstellen, diese mit den Bürgermeistern des Kreises Coesfeld abzustimmen und diese Resolution an die Landesregierung NRW und Wirtschaftsministerium Bund zu richten. Die Resolution erklärt die Ablehnung des Fracking im Kreis Coesfeld und der Umgebung, diese Resolution ist dem Rat in einer folgenden Sitzung vorzulegen..

Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt:

Die Anwendung des Fracking-Verfahren und die Verwendung von giftigen Chemikalien zur Erschließung von unkonventionellen Erdgasvorkommen wird abgelehnt, da bisher keine gesicherte und belastbare Erkenntnisse sowie wissenschaftliche Nachweise vorliegen, die eine Umweltbelastung ausschließen. Dieses gilt auch für Probebohrung.

Der Rat der Stadt Billerbeck ist für das Stadtgebiet besorgt sollte im Münsterland, z. B. Nordwalde, Drensteinfurt Fracking durchgeführt werden.

Der Rat der Stadt Billerbeck fordert:

Das Bergrecht ist den Erfordernissen der Erschließung unkonventioneller Erdgasvorkommen anzupassen. Insbesondere ist es erforderlich, eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) mit den Beteiligungsrechten Dritter, wie z. B. Nachbarkommunen der Bohrstandorte, für die Erdgasförderung vorzusehen. Die UVP kann nicht wie bisher an der Fördermenge festgemacht werden, sondern muss an die tatsächliche Gefährlichkeit des Verfahrens anknüpfen.

Bereits vor der Durchführung von Probebohrungen ist die Erstellung von UVP zwingend vorzuschreiben.

Die erforderlichen wasserrechtlichen Verfahren sind zwischen den Unteren Wasserbehörden der Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt, Warendorf und Unna abzustimmen.

Die Wasserversorger sind in die Behördengespräche einzubeziehen.

Vor Abschluss der Weiterentwicklung des Bergrechtes auf die Belange der Erschließung unkonventioneller Erdgasvorkommen sind Probebohrungen nicht zu genehmigen.

**Begründung:**

Die Landesregierung hat erklärt dass zum Thema Fracking ein Umwelt-verträglichkeitsgutachten erstellt wird und bis zu diesem Ergebnis keine Genehmigung über die Bezirksregierung in Arnberg erfolgt. Jetzt ändert sich die Situation durch einen angekündigten Minister-Erlass. Das Wirtschaft- und Umweltministerium erklärt in einer Presseerklärung Fracking in der heutigen Form als anwendbares Verfahren. Nur in Wasserschutzgebieten sollte eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgen.

Zurzeit besteht das Vorhaben von Exxonmobil, in Borken, Nordwald und Drensteinfurt Bohrungen vorzunehmen. Aktuell besteht in NRW ein Moratorium welches aktuell Bohrungen untersagt. Was ist nach dem Moratorium?

In Billerbeck in Aulendorf bestehen zwei Bohrungen aus den 60er Jahren, ca. 5000 – 6000 Meter, wie weit diese genutzt werden können ist aktuell nicht bekannt.

Nordwalde ist nicht so weit entfernt dass der Kreis Coesfeld nicht betroffen sein kann.

Über technische Risiken ist ausreichend berichtet worden.  
Die wirtschaftlichen Risiken sind wenig betrachtet worden.

Für Billerbeck könnte ein Frackingunfall im Bereich Nordwalde bedeuten? Es könne ein Verlust der Wirtschaftleistung der Region bedeuten, der Agrarstandort ist in Gefahr.  
Der Immobilienwert kann Billerbeck ist in Gefahr sein, hiervon wären viele Bürger Billerbeck betroffen. Eine grobe Rechnung verdeutlicht dieses, Billerbeck hat ca. 2800 Haushalt im Stadtgebiet, Aussage vom Abwasserwerk der Stadt Billerbeck, durchschnittlich besteht ein Hauswert von 175.000 € (Annahme), Mindestansatz.  
Der Immobilienwert im Stadtgebiet Billerbeck gesamt ist größer als 500 Millionen Euro. Besteht ein Immobilienverlust von ca. 20 % in der Region bedeutet dieses gerechnet ca. 100 Millionen Verlust nur im Stadtgebiet Der Wert ist wahrscheinlich deutlich höher. Hinzu kommt ein wirtschaftlicher Schaden in der Region und auch Billerbeck.

Dieses Risiko sollte eine wirtschaftsstarke Region nicht eingehen, hierzu sollte deutlich, Position bezogen werden.

Hubert Maas

